

Die Volksschule hat grosse Probleme, doch die Politik redet die Probleme schön. Woran liegt's?

Category: Blog

geschrieben von Gastautor | 21. Dezember 2023



Im April 1875 beschloss der Bundesrat, regelmässig pädagogische Rekrutenprüfungen durchzuführen. Die angehenden Wehrmänner sollten zeigen, was sie in der Volksschule gelernt hatten, das heisst, wie gut sie rechnen, lesen und schreiben konnten und was sie über die Geografie und die Geschichte des Landes wussten. Ziel war es, die bildungspolitische Konkurrenz unter den Kantonen anzufachen und auf diesem Weg das Bildungsniveau der jungen Männer zu heben. Diese Politik galt bis 1914, als der Erste Weltkrieg ausbrach.



Gastautor Tobias
Straumann

Der Plan ging auf. Die Kantone begannen, sich miteinander zu vergleichen, und erhöhten ihre Bildungsausgaben, um möglichst weit oben in der Rangliste platziert zu sein. So hielt zum Beispiel die freisinnige Zeitung "Der Freie Glarner" im Januar 1885 triumphierend fest, dass der Aufstieg vom 22. auf den 7. Rang ganz klar der Einführung eines siebten Schuljahres zu verdanken sei. Andere Kantone optimierten die Vorbereitung auf die Rekrutenprüfungen durch die Einführung von Spezialkursen. So war plötzlich der traditionell bildungsschwache Kanton Obwalden besser als der Kanton Zürich, der sich auf seine Bildungsinstitutionen besonders viel einbildete, und sofort kam der Vorwurf, es handle sich hier nur um eine "Schnellbleiche". Die NZZ, das Sprachrohr des Zürcher Bildungsbürgertums, nahm es jedoch sportlich: "Jedenfalls ist eine solche Schnellbleiche besser als gar nichts und hat immerhin das Verdienst, dass die jungen Leute das früher Gelernte und seither Vergessene wieder befestigen und angeregt werden, sich darin weiter zu üben."

Die EDK ist ganz zufrieden

Wie wirkungsvoll sind demgegenüber die Pisa-Studien? Am Anfang war die Aufmerksamkeit gross, ja die erste Pisa-Studie von 2001 löste einen eigentlichen Schock aus, weil sie zeigte, dass die Lesekompetenz vieler 15-Jähriger mangelhaft war. Aber heute werden die Pisa-Studien von der Politik nur noch zur Kenntnis genommen, obwohl die neusten Ergebnisse wiederum gezeigt haben, dass ein Viertel der 15-jährigen Kinder nicht in der Lage ist, einen normalen Text richtig zu verstehen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) war jedenfalls ganz zufrieden: "Die durchschnittliche Leseleistung von 15-jährigen Jugendlichen in der Schweiz bleibt mit 483 Punkten gut. Das Ergebnis liegt über dem OECD-Durchschnitt von 476 Punkten und ist mit

den Ergebnissen 2015 und 2018 vergleichbar.“

Wer in die Schweiz einwandert, kann nicht davon ausgehen, dass die Volksschule seinen Kindern die Sprache des Gastlandes richtig beibringt.

In ihrem Pressecommuniqué geht die EDK nicht einmal auf den Umstand ein, dass die Leseschwäche bei den Kindern mit Migrationshintergrund besonders ausgeprägt ist. Fast die Hälfte von ihnen ist davon betroffen. Wer also in die Schweiz einwandert, kann nicht davon ausgehen, dass die Volksschule seinen Kindern die Sprache des Gastlandes richtig beibringt. Die Schweiz ist seit langem ein Einwanderungsland und hat weltweit die höchsten Bildungsausgaben pro Kopf, doch offenbar ist unser Schulsystem nicht in der Lage, den Sprachunterricht entsprechend neu auszurichten. Das Nachsehen haben Immigrantenkinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien. Allein dieses Versagen sollte doch eine grosse Diskussion über die Rolle der Schule auslösen. Stattdessen herrscht betretenes Schweigen.

Gewöhnungseffekt und private Optimierung

Warum haben die Pisa-Studien ihre Wirkung verloren? Mit Sicherheit ist ein Gewöhnungseffekt eingetreten. Seit mehr als zwanzig Jahren sind die Ergebnisse mehr oder weniger dieselben geblieben, aber die Schweiz ist deswegen noch nicht untergegangen. Vergleicht man jedoch die heutige Gleichgültigkeit mit der lebendigen Diskussion zur Zeit der Rekrutenprüfungen, zeigt sich, dass vor allem die Aushebelung des Föderalismus zu einem grossen Problem geworden ist. Damals stellten sich die Erziehungsdirektionen der einzelnen Kantone mit Freude dem Wettbewerb. Heute dominiert die EDK, die sich der interkantonalen Harmonisierung verschrieben hat.

Die Folgen sind unerfreulich. Weil die bildungspolitische Diskussion nicht in Fahrt kommt, wird zu wenig gegen die Defizite der Volksschule unternommen; und weil sowohl die Lehrpersonen wie die gut situierten Eltern gemerkt haben, dass die Politik und die Verwaltung die Probleme schön reden, wird privat optimiert. Rette sich, wer kann! Die Lehrpersonen hoffen, dass sie in einer Schule unterrichten können, wo die Arbeitsbedingungen einigermaßen erträglich sind, oder kündigen nach einigen Jahren, wenn es ihnen zu bunt wird. Und die gut situierten Eltern ziehen in die besseren Quartiere und Gemeinden, sobald ihre Kinder schulpflichtig sind, und wenn auch das nicht hilft, schicken sie ihren

Nachwuchs in die Privatschule. Es ist dieselbe Dynamik, die in den USA zum traurigen Niedergang der einst hervorragenden Volksschulen geführt hat. Wollen wir in der Schweiz wirklich dieselben Fehler machen?

Tobias Straumann ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich.